



SPD-Kreistagsfraktion \* Kreishaus \* 40822 Mettmann

Landrat  
Thomas Hendele

Geschäftsstelle:  
40822 Mettmann  
Düsseldorfer Straße 26  
Tel: 02104 - 99-2982  
Fax: 02104 - 99-5982  
[spd.fraktion@kreis-mettmann.de](mailto:spd.fraktion@kreis-mettmann.de)

Donnerstag, 5. Dezember 2019

Betr.: Sitzung des Kreistages am 16. Dezember 2019  
Hier: Resolution „Für einen gerechten Gewerbesteuersatz“

Sehr geehrter Herr Landrat,

im Namen der SPD-Kreistagsfraktion bitte ich Sie über folgenden Resolutionstext abstimmen zu lassen:

*„Der Kreistag des Kreises Mettmann unterstützt die „Zonser Erklärung“, die mehr Gerechtigkeit bei der Erhebung des Gewerbesteuersatzes fordert. Steuern sollen dort gezahlt werden, wo die Gewinne erwirtschaftet werden.“*

Begründung:

Unternehmen vor Ort schaffen nicht nur Arbeitsplätze und steigern die Kaufkraft. Sie führen auch zu Belastungen in der Region, insbesondere hinsichtlich der Infrastruktur. Über die von den Kommunen erhobenen Gewerbesteuern werden sie an den Kosten beteiligt.

Besorgniserregend ist die Entwicklung, dass neben Monheim nun auch Leverkusen und Langenfeld mit „Dumping“-Steuersätzen Unternehmen zur An- oder Umsiedlung animieren wollen. Diese ziehen jedoch nicht mit ihrem gesamten (produzierenden) Betrieb um, sondern verlegen lediglich kleine Abteilungen oder schlicht den Firmensitz. (Stichwort: Briefkastenfirma)

Eine solche Politik führt, wie die „Zonser Erklärung“ treffend formuliert, „dazu, dass der Beitrag der Wirtschaft zur Gesamtfinanzierung unserer kommunalen Systeme insgesamt dauerhaft sinkt. Das widerspricht unserem gemeinsamen Interesse als kommunale Familie.“

Gerade in Zeiten, die erhebliche Investitionen in die Erneuerung und in den Ausbau der Infrastruktur (Schulen, Straßen oder Wohnraum) fordern, ist eine solche Steuerpolitik kontraproduktiv. Deshalb ist die zentrale Forderung der „Zonser Erklärung“, die bereits zahlreiche Kommunen unterstützen, auf eine „Neugestaltung der steuer- und kommunalverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen des Gewerbesteuersatzes“ hinzuwirken, absolut richtig und notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Schulte'.

Manfred Schulte, Vorsitzender

## Zonser Erklärung

Die Unterzeichner setzen sich dafür ein, dass es in Zukunft mehr Gerechtigkeit bei der Erhebung der Gewerbesteuer in Deutschland gibt. Unser Ziel ist es, dass die Steuern dort gezahlt werden müssen, wo die Gewinne auch tatsächlich erwirtschaftet werden. Denn neben den positiven Auswirkungen am Standort, wie beispielsweise die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Kaufkraft, wirken sich die Belastungen durch den (produzierenden) Betrieb, wie etwa der Verkehr oder die Lärmimmissionen, auf die Bevölkerung sowie Infrastruktur aus.

Es kommt immer wieder vor, dass sich einzelne Städte durch Dumpingsteuersätze kurzfristig Vorteile durch Steuermehreinnahmen verschaffen. Letztlich führen aber weitere Senkungen in diesem Bereich nur dazu, dass der Beitrag der Wirtschaft zur Gesamtfinanzierung unserer kommunalen Systeme insgesamt dauerhaft sinkt. Das widerspricht unserem gemeinsamen Interesse als kommunale Familie.

Dass es bald überall in Deutschland zur gängigen Praxis von Großkonzernen werden könnte, durch konzerninterne Verlagerungen steuerlicher Erträge oder die Einrichtung von „Briefkastenfirmen“ Steuern zu sparen, ist besorgniserregend. Denn die Mehreinnahmen einzelner Kommunen entstehen dann im Schwerpunkt ja gerade nicht durch reale Verlagerungen oder Neuansiedlungen von (produzierenden) Betrieben, sondern insbesondere durch die Einrichtung sogenannter Briefkastenfirmen. Dort wo die tatsächliche gewerbliche Produktion stattfindet, bleiben die Belastungen für Umwelt und Infrastruktur. Ohne dass dafür allerdings von Unternehmen vor Ort ein angemessener Finanzierungsanteil getragen wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gewerbesteuer dort gezahlt wird, wo die Bänder laufen, die Schloten qualmen und die LKWs über den Asphalt rollen – und nicht dort, wo der Briefkasten hängt.

In Zeiten, wo es großer finanzieller Kraftanstrengungen bedarf, die Infrastruktur in unserem Land zu erhalten und zu erneuern, ist Gewerbesteuerdumping nicht hinnehmbar.

Deshalb fordern wir:

- Die Neugestaltung der steuer- und kommunalverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Gewerbesteuer
- Die Gründung einer aus Experten und politisch Verantwortlichen bestehenden Arbeitsgruppe, die unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände einen entsprechenden Gesetzesentwurf erarbeitet

Dormagen-Zons, den 25. Juli 2019